

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Parteifreundinnen,  
liebe Parteifreunde,

heute möchte ich Ihnen einen Überblick über die Geschehnisse in dieser parlamentarischen Sitzungswoche geben. Dabei informiere ich Sie über den Gipfel der G8, der aktuell im französischen Deauville stattfindet, sowie über den Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der UNIFIL, der gestern in erster Lesung im Plenum debattiert wurde. Auch möchte ich Ihnen das gestern vom Deutschen Bundestag verabschiedete Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und des Schwarzarbeitbekämpfungsgesetzes vorstellen. Ferner gebe ich Ihnen wie gewohnt einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Es grüßt Sie sehr herzlich

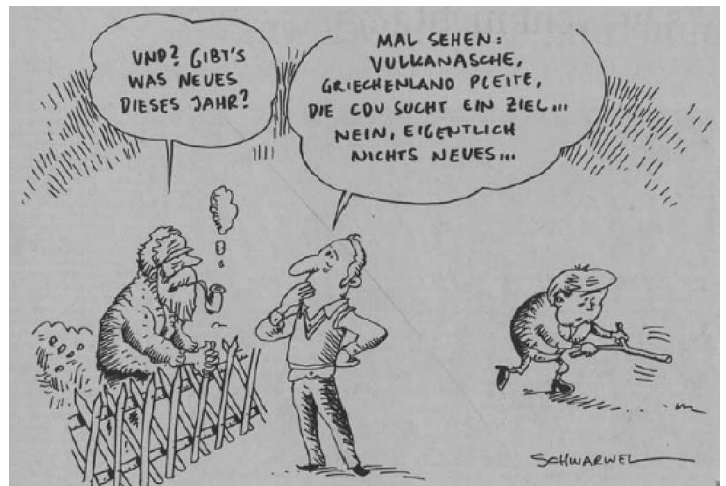
Ihr



Egon Jüttner

## HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. G8-Gipfel
2. Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der UNIFIL
3. Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und des Schwarzarbeitbekämpfungsgesetzes
4. Relevantes für Mannheim und die Region



## **1. G8-Gipfel**

Am 26. und 27. Mai findet im französischen Deauville das Gipfeltreffen der führenden Industrienationen, der sogenannten „G8-Staaten“, statt. Es geht dabei zentral auch um die Frage, wie der demokratische Umbruch im Nahen Osten und Nordafrika unterstützt werden und die Beziehungen langfristig gestärkt werden können. Eingeladen sind auch die Premierminister von Ägypten und Tunesien.

In diesem Zusammenhang sprach Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (CDU) in ihrer Regierungserklärung auf dem G8-Gipfel am Donnerstag von der "historischen Verpflichtung, den Menschen, die für Freiheit und Demokratie auf die Straße gegangen sind, zur Seite zu stehen". Deutschland müsse seiner Verantwortung für Nordafrika gerecht werden, indem es in Ländern wie Ägypten und Tunesien einen Beitrag zur Entwicklung von Parteiendemokratie, Pluralismus und Marktwirtschaft leiste. Dafür solle etwa "Partnerschaft für Beschäftigung" geschlossen werden. Deutschland und deutsche Unternehmen sollten sich in Ägypten vor allem in der Berufsausbildung engagieren und für 10.000 zusätzliche Ausbildungsplätze sorgen.

Die Kanzlerin äußerte sich in diesem Rahmen ebenfalls zum Nahostkonflikt zwischen Israel und Palästinensern: "Am Ende führt kein Weg daran vorbei, dass die Verhandlungen wieder aufgenommen werden." Das Ziel bleiben zwei Staaten, die friedlich nebeneinander existieren. Dazu müsse die palästinensische Seite allerdings der Gewalt abschwören und Israels Existenzrecht anerkennen. Israel müsse seinerseits den Siedlungsausbau stoppen. "Frieden zwischen Israel und der arabischen Welt, insbesondere den Palästinensern, das ist der beste Schutz Israels", sagte Merkel.

## **2. Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der UNIFIL**

Die Bundesregierung hat die Fortführung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der UN-geführten Mission UNIFIL (United Nations Interim Force Lebanon) bis zum 30. Juni 2012 beantragt. Die Zahl der maximal einzusetzenden Soldaten soll demnach 300 betragen. Die Kosten für die Beteiligung an der UN-Truppe UNIFIL veranschlagt die Regierung auf knapp 32 Millionen Euro.

Seit der letzten Verlängerung des Bundestagsmandats für den UNIFIL-Einsatz im Juni 2010 ist die Situation im Libanon zwar ruhig, aber aufgrund der jüngsten politischen Entwicklungen in der Region nicht stabil. UNIFIL hat die ihr zugewiesenen Aufgaben bislang erfolgreich erfüllt. Der UNIFIL-Flottenverband, an dem die Deutsche Marine beteiligt ist, hat an der Seegrenze des Libanon wiederum wesentlich dazu beigetragen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat ein strategisches Interesse an einem dauerhaften Frieden im Nahen Osten und ist daher seit Beginn an der maritimen Komponente von UNIFIL beteiligt. Die erfolgreiche Implementierung der Resolution 1701 (2006) ist ein wichtiges Element zur Vermeidung erneuter bewaffneter Auseinandersetzungen und zur Stärkung der Souveränität und Stabilität des Libanon. Die Bundesregierung hat sich bereits in der Vergangenheit intensiv am Aufbau libanesischer Kapazitäten beteiligt:

Neben bilateraler, vom Auswärtigen Amt finanzierter materieller Hilfe hat die Bundeswehr durch umfangreiche bilaterale Ausbildungshilfe zu einer Stärkung der libanesischen maritimen Streitkräfte beigetragen. Der Schwerpunkt der deutschen Beteiligung am UNIFIL-Flottenverband soll daher weiterhin bei der Ausbildung und dem Fähigkeitenaufbau der libanesischen maritimen Streitkräfte liegen.

Der Antrag der Bundesregierung wurde nach seiner ersten Lesung im Plenum an den Auswärtigen Ausschuss verwiesen, der in seinen kommenden Sitzungen eine Beschlussempfehlung ausarbeiten wird, bevor der Entwurf in der dritten Lesung im Plenum abgestimmt wird.

### **3. Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und des Schwarzarbeitbekämpfungsgesetzes**

Am gestrigen Donnerstag haben die Abgeordneten den gemeinsamen Gesetzentwurf von Union und FDP zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und des Schwarzarbeitbekämpfungsgesetz in nammentlichen Abstimmung mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und FDP und bei Stimmenthaltung der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen sowie Die Linke angenommen.

Der Entwurf sieht vor, dass die Behörden der Zollverwaltung auch für den Bereich der Arbeitnehmerüberlassung mit den Kontroll- und Sanktionsinstrumenten nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz ausgestattet werden, um die Einhaltung einer festgesetzten Lohnuntergrenze effektiv überprüfen zu können. Der Gesetzentwurf dient der Umsetzung der im Rahmen des Vermittlungsverfahrens zum Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch durch Protokollerklärung zur Zeitarbeit vereinbarten Änderungen im Bereich Kontrolle, Aufsicht und Sanktionen.

Der Gesetzentwurf bedarf neben einer Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages auch der Zustimmung des Bundesrates, da mit der Übertragung der Zuständigkeit auf die Behörden der Zollverwaltung einer bundeseigenen Behörde neue Aufgaben übertragen werden.

### **4. Relevantes für Mannheim und die Region**

#### **Bund unterstützt Modellvorhaben in der Metropolregion**

Der Bund unterstützt mit 100.000 Euro das Modellvorhaben „Kooperatives E-Government in föderalen Strukturen“, das in der Metropolregion Rhein-Neckar etabliert und auf eine Laufzeit von fünf Jahren angelegt ist. Dies teilte Staatssekretär Dr. Bernhard Heitzer vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie mir mit. Ziele des Modellvorhabens sind Einsparungen und Arbeitserleichterungen für Unternehmen, die durch Genehmigungen und Berichtspflichten stark belastet sind.

Durch Ebenen übergreifende Zusammenarbeit soll ein kooperatives und wirtschaftsorientiertes E-Government in der Modellregion entwickelt und dessen Übertragbarkeit für andere Regionen Deutschlands demonstriert werden. Insgesamt werden mit dem Modellvorhaben höhere Effizienz, Bürokratieabbau und mehr Bürgernähe angestrebt. Das Vorhaben basiert auf einer zwischen dem Land Baden-Württemberg, dem Land Hessen, dem Land Rheinland-Pfalz, dem Bund und der Metropolregion Rhein-Neckar geschlossenen Kooperationsvereinbarung.

## **Jüttner ruft zur Teilnahme am Parlamentarischen Patenschafts-Programm auf**

Schülerinnen und Schüler im Alter zwischen 15 und 17 Jahren aus Mannheim und Umgebung können sich derzeit für das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP) des Deutschen Bundestages bewerben. Der Deutsche Bundestag vergibt jährlich 360 Stipendien für einen einjährigen Aufenthalt in den USA. Ziel ist es, die deutsch-amerikanische Verständigung zu verbessern.

Bereits seit vielen Jahren übernehme ich immer wieder gerne diese Patenschaft für Jugendliche aus meinem Wahlkreis. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Entwicklungen ist der Austausch zwischen den Ländern auf zivilgesellschaftlicher Ebene von großer Bedeutung. Die Stipendiaten übernehmen als junge Botschafter Deutschlands in den USA eine wichtige Rolle. Dieser Auslandsaufenthalt bringt sie sowohl in ihrer beruflichen als auch persönlichen Entwicklung weiter.

Die Bewerbungsphase für das Parlamentarische Patenschafts-Programm 2012/2013 läuft noch bis zum 2. September 2011. Weitere Informationen zum PPP und dem Bewerbungsverfahren erhalten Interessierte im Internetangebot des Deutschen Bundestags unter [www.bundestag.de/ppp](http://www.bundestag.de/ppp) und in meinem Büro (Telefon: 030/227 72292, E-Mail: [egon.juettner@bundestag.de](mailto:egon.juettner@bundestag.de))

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030 / 227 – 722 91  
E-Mail: [egon.juettner@bundestag.de](mailto:egon.juettner@bundestag.de)  
Internet: [www.egon-juettner.de](http://www.egon-juettner.de)